

Das 11. Stipendiatenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung (14.-16.4.2011). Ein Bericht von Henning Schulze, Lutherstadt Wittenberg

Zwei Tage, 14 Referentinnen und Referenten, insgesamt 720 Minuten Vortrags- und Diskussionszeit. So bilanzierte Dr. Ulrich Mählert, Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, das 11. StipendiatInnenkolloquium vom 14. bis 16. April 2011 in Berlin. Einmal jährlich treffen sich die von der Stiftung geförderten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, um den Stand ihrer Projekte zur Diskussion zu stellen. Die Stiftung Aufarbeitung fördert Promotionen, die die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Geschichte zum Ziel haben. 2011 traten vier neue Promovierende ihr Stipendium an, zudem wurde letztmalig ein Habilitationsstipendium vergeben.

Die inhaltliche und methodische Palette der Projekte ist traditionell groß und umfasst neben „klassischen“ geschichtswissenschaftlichen Fragestellungen, medien- und kultur- und wissenschaftsgeschichtliche sowie politikwissenschaftliche Zugriffe; die Themen werden als Fall- und Einzelstudien in unterschiedlichen chronologischen Verläufen bearbeitet, ebenso sind internationale Vergleichsarbeiten repräsentiert. In seiner Diversität ist das Kolloquium ein Spiegel der aktuellen DDR-Forschung: der interdisziplinäre Austausch ist ebenso notwendig wie die stete Einordnung der einzelnen Themen in das *big picture* Aufarbeitung.

Ein besonderer Dank aller Teilnehmenden gebührt Claus Löser für die eindrucksvolle Gestaltung des Abendprogramms am 14. April mit Produktionen des Filmstudios der NVA und Rigo Hopfenmüller für die Organisation des Kolloquiums.

Am Beginn des diesjährigen Kolloquiums stand der Vortrag der Psychologin **Maya Böhm** zu ihrer Dissertation über die psychischen Folgen politischer Inhaftierung in der DDR. Während bei der bisherigen Forschung die unmittelbar Betroffenen im Mittelpunkt standen, konzentriert sich Böhm auf deren enge Familienangehörige, namentlich Kinder und (Ehe-)PartnerInnen. Sie widmet sich mithin den bisher wenig untersuchten traumatischen Erfahrungen und Bewältigungsstrategien eines Personenkreises, der in der DDR die beträchtliche Zahl von rund 300.000 Menschen umfasste. Gefragt wird dabei einerseits nach den Auswirkungen der politischen Inhaftierung für die Familien, vor allem in Form von Überwachung und regelmäßigen Vorladungen. Andererseits werden die Folgen für die familiären Binnenbeziehungen untersucht. Empirisch grundiert ist die Arbeit mit einer Mischung aus quantitativen (Fragebogen) und qualitativen Verfahren (narrative Interviews). Böhm konnte dem Kolloquium erste Befunde vorstellen: Etwa 90 % der Befragten waren Opfer „nichtstrafrechtlicher Repression“, 70 % haben die DDR vor 1989 verlassen und rund die Hälfte befand oder befindet sich in psychotherapeutischer Behandlung. Gemeinsam mit der Auswertung der ersten Interviews wird, so Böhm, ein „verstörendes Ausmaß an Traumatisierung“ ersichtlich, dass sich auch auf die Familien der Betroffenen erstreckt und bis heute fortwirkt.

In der anschließenden Diskussion wurden Möglichkeiten eines internationalen Vergleichs erörtert und auf ähnliche Ansätze in der Holocaustforschung hingewiesen. Methodisch zeigte sich das Kolloquium vor allem an der Realisierung der narrativen Interviews interessiert.

Im zweiten Vortrag stellte der Politikwissenschaftler und Historiker **Peter Römer** sein Konzept eines „beziehungsgeschichtlichen Diktaturaufarbeitungsvergleichs“ zwischen Deutschland und Polen vor. Römer gehört zu den vier neuen StipendiatInnen der Stiftung Aufarbeitung im Jahr 2011. In seiner diskursanalytisch angelegten Dissertation will er den geschichtspolitischen Umgang beider Länder mit der staatssozialistischen Diktatur als Geschichte gegenseitiger Beeinflussungen untersuchen. In einer Kombination aus Vergleich und Transferuntersuchung sollen dabei zunächst wechselseitige Einflüsse

auf die Verläufe von Aufarbeitung herausgearbeitet werden. In einem zweiten Schritt will Römer die Einflüsse der jeweiligen Geschichts-Politiken Polens und Deutschlands auf die Erinnerungskultur betrachten. Er konzentriert eine Untersuchung auf die geschichtspolitischen „Deutungseliten“ beider Länder, als Hauptquelle dienen ihm Parlamentsprotokolle und Zeitungsartikel. Insofern die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit laut Römer ein wichtiger Bezugspunkt für den Umgang mit der staatssozialistischen Vergangenheit war und ist, werden einschlägige Debatten in die Betrachtung mit einbezogen.

In der Diskussion war dieser verstärkte Einbezug der NS-Aufarbeitung ein wichtiger Kritikpunkt. Kontrovers besprochen wurde auch die Frage nach dem wechselseitigen Charakter der Beeinflussung der Aufarbeitungsprozesse: Die DDR-Aufarbeitung, so eine Anmerkung, sei gleichsam als geschichtspolitische „DIN-Norm“ für Polen nachweislich ein Orientierungspunkt. Schwerer falle sicher der Nachweis eines Einflusses polnischer Debatten auf Deutschland.

Ebenfalls neu im StipendiatInnenkolloquium ist **Agneta Maria Jilek**. Die Kunsthistorikerin stellte ihre Dissertation zum „Arbeiterstaat im Bild“ vor. Darin untersucht sie die Darstellung des arbeitenden Menschen in der sozialdokumentarischen DDR-Fotografie der 1970er und 80er Jahre. Ihre Hauptfragestellung ist dabei, wie sehr die Bildpolitik der DDR – kulminiert im sogenannten Sozialistischen Realismus – von den Künstlerinnen und Künstlern verinnerlicht wurde und sich in deren Arbeiten widerspiegelte. Ihr von einschlägigen Beispielen visuell unterstützte Vortrag konzentrierte sich auf einen doppelten Wandel in der einschlägigen DDR-Fotografie: Einer Phase der bildhaften Heroisierung vor allem von Industriearbeitern – von Jilek interpretiert als ikonografische Entsprechung der Aufbauideologie im Anfangsjahrzehnt der DDR – folgten in den 1960er Jahren intellektualisierende Darstellungen. Ab den 1970er und 80er Jahren widmete sich die Fotografie dann vermehrt alltagsnahen Motiven; zuletzt thematisierten die ArbeiterInnen-Fotografien mitunter auch die schlechten Produktionsbedingungen in den DDR-Betrieben. Der staatliche Fotografie-Betrieb der DDR, so Jileks Arbeitsthese, ließ jenen kritischen Blick auf die sozialen Bedingungen von Arbeit zu, um ihn damit gleichzeitig zu neutralisieren.

In der Diskussion wurde angeregt, die biografischen Hintergründe einzelner DDR-Fotografinnen und Fotografen zu berücksichtigen und gesondert auf die Fotografie-Tradition der Arbeiterbewegung einzugehen. Auch wurde die Frage aufgeworfen nach Kontinuitäten und Brüchen in der ostdeutschen Fotografie nach 1989 sowie der heutigen Rezeption der Bilder.

Auf das internationale Parkett blickt **Ulrich Eisele** mit seiner Dissertation zur DDR in den Vereinten Nationen. Der Historiker präsentierte dem Kolloquium anhand von drei Befunden den Stand seiner Forschung: Erstens konzentrierte sich das UN-Engagement der DDR auf Fragen der internationalen Sicherheit und Abrüstung. Die internationale Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Menschenrechtsproblematik hatten demgegenüber nur nachrangige Bedeutung. Die DDR war offensiv um eine Etablierung als „Friedensstaat“ bemüht, wovon ihre Diplomatie sich offenbar einen internationalen Prestigegewinn erhoffte. Die deutsch-deutschen Beziehungen waren dabei, so Eiseles zweiter Zwischenbefund, von einem „belauernden Nebeneinander“ gekennzeichnet: Beide Seiten versuchten, deutschlandpolitische Themen in den Vereinten Nationen zu vermeiden. Ferner erwies sich die UNO-Mitgliedschaft für die DDR als zunehmend unbequem. Sie stand unter verschärfter Beobachtung durch die Genfer Menschenrechtskommission und deren deutliche Kritiken konterkarierten die Bemühungen Ost-Berlins um Anerkennung auf dem internationalen Parkett. Die Ausreis erleichterungen für DDR-Bürger in den späten 70er und 80er Jahren waren, so Eiseles dritter Befund, damit auch ein paradoxes Ergebnis der UNO-Mitgliedschaft der DDR.

In der Diskussion wurde auf das Abstimmungsverhalten der DDR in den UNO-Plena, ihre Politik gegenüber den Entwicklungsländern sowie auf ihr Verhältnis zur Sowjetunion eingegangen. Auf besonderes Interesse stießen ferner die einzelnen Biografien der DDR-Karriere-Diplomaten.

Einem medialen Thema widmet sich die Dissertation „Deutsche Juden im Film der DDR“ von **Lisa Schoß**. Am Beispiel des DDR-Fernsehens stellte die Kulturwissenschaftlerin den Stand ihres Projektes vor. Sie beschreibt die filmische Auseinandersetzung mit jüdischen Themen mit drei Schlagworten: Politisierung, Unterhaltung und Romantisierung. Vor allem in den ersten Jahrzehnten, so Schoß, wurden jüdische Themen im DDR-Fernsehen instrumentalisiert mit dem Ziel, den westdeutschen Antisemitismus anzuprangern. Antisemitische Kontinuitäten im eigenen Land und das judenfeindliche Klima der 50er Jahre wurden dabei konsequent ausgeblendet. Die Rolle von jüdischen Protagonisten im Fernsehen verdeutlicht Schoß am Beispiel Jerry Wolfs und dessen künstlerischem Weg vom Moderator einer Schlagershow zum Interpreten jiddischer Lieder in der Unterhaltungssendung „Wenn der Rebbe lacht“. Die Begeisterung für jüdische Folklore erklärt sie mit einem Wandel im deutsch-jüdischen Selbstverständnis. Während Jüdinnen und Juden in der DDR ihre kulturelle Identität wiederentdeckten, entstand im oppositionellen Milieu eine philosemitische Subkultur. Für den staatlichen Kulturbetrieb, blieb das Verhältnis dabei stets ein instrumentelles: Beim Publikum wurde der Bedarf nach neuen „authentischen“ Geschichten bedient, nach außen wusste man die Behandlung jüdischer Themen als Imagefaktor zu verkaufen.

Die Diskussion berührte vor allem die Doppelstrategie einer relativierenden offiziellen Shoadeutung in der DDR und dem externalisierenden Fingerzeig auf antisemitische Kontinuitäten in der BRD. Besonders interessiert zeigte sich das Kolloquium dabei an den Aushandlungsprozessen zwischen der staatsantifaschistischen Kulturproduktion und den jüdischen Kulturschaffenden.

Wiederum einen politikwissenschaftlichen Zugang auf ein historisches Thema verfolgt **Dr. Tom Thieme**, der das Konzept seiner Habilitationsschrift „Systemwechsel und die politischen Eliten in Ostmitteleuropa“ zur Diskussion stellte. Thieme, der einzige Habilitand im Kolloquium, will untersuchen, welchen Beitrag die politischen Führungen kommunistischer Diktaturen bei der Etablierung der neuen demokratischen Ordnungen leisteten. Er verfolgt die These, dass die Eliten ein Schlüsselfaktor in der Transformation waren und interessiert sich unter den Schlagworten Kontinuität und Wandel für deren jeweils konkreten Verlauf. Methodisch geht es Thieme auch darum, bislang geltende Elitentypologien einer kritischen Revision zu unterziehen; die gängige Unterteilung in Hard- und Softliner erscheint ihm bisher als zu grobkörnig. Entlang der Transformationsphasen und unter Hinzug der Dimensionen Gemeinwohl und Eigennutz will Thieme schließlich sowohl Strategien als auch Ziele der Eliten während des Systemwechsels untersuchen. Als Fallbeispiele sollen die DDR, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn dienen.

In der regen Diskussion im Anschluss an Thiemes Vortrag wurden sowohl der seiner Untersuchung zu Grunde liegende Elitenbegriff als auch die Fallauswahl kritisch hinterfragt. Das Kolloquium merkte ferner an, dass ein neuralgischer Punkt der Arbeit die Art des Vergleichs (symmetrisch/asymmetrisch) sei, und die Kriterien sowie Indikatoren der Untersuchung noch schärfer herausgearbeitet werden müssen. Auch wurde auf die für den Untersuchungszeitraum, insbesondere für die Erst- und Zweitphase der Systemwechsel, schwierige Quellenlage hingewiesen.

Im folgenden Programmpunkt stellte **Steffi Töpfer** den Stand ihrer vergleichenden Fallstudie zu „sowjetischen Ehrenmalen in Berlin und Wien“ vor. Der Promovendin geht es darum, die geschichtspolitische Verwendung der beiden Orte im epochenübergreifenden Zeitraum 1945-2010 zu untersuchen. Ein erster wichtiger Befund Töpfers ist, dass die Ehrenmäler stets genuin russische Erinnerungsorte

waren und es bis heute geblieben sind. Das sogenannte Russendenkmal in Wien hatte, so Töpfer, von Beginn an eine randständige Position im öffentlichen Bewusstsein – ähnlich verhalte es sich mit dem Ehrenmal im Berliner Tiergarten. Eine reelle geschichtspolitische Bedeutung schreibt die Kulturwissenschaftlerin lediglich dem Treptower Ehrenmal zu. Anhand von staatlich inszenierten Legenden zeichnet sie die Versuche der SED nach, Berlin-Treptow als zentralen Erinnerungs- und Versammlungsort zu etablieren. Gegenüber den reinen „Siegerdenkmälern“ Berlin-Tiergarten und Wien-Schwarzenbergplatz zeichne, so Töpfer, Berlin-Treptow sich als realer Begräbnisort aus – Ergebnis freilich einer nachträglichen Umbettung. Eindrucksvoll beschreibt sie die ikonografischen Dimensionen des Ortes: sakrales Raumkonzept, Reminiszenzen an antike Architektur und abstraktes Gedenkkonzept. Nach 1990 konstatiert sie einen gravierenden Bedeutungsverlust Treptows als Erinnerungs- und Gedenkort, so wie sie auch für den österreichischen Fall ein „selbsttragendes Gedenken“ der Gesellschaft nur in Ansätzen feststellt. Alle drei Beispiele, so eine naheliegende Lesart, erscheinen den Kommunen heute eher als städtebauliche Problemfälle mit hohen Pflege- und Sanierungskosten.

Das Kolloquium zeigte sich in der Diskussion vor allem an den Strategien interessiert, mit denen die Erbauer die Ehrenmäler im öffentlichen Bewusstsein zu etablieren versuchten und welche Geschichtspolitik dem zu Grunde lag. Unter dem Stichwort Erinnerungskultur wurde die These aufgeworfen, dass in der DDR eigene „Bilder der Befreiung“ fehlten. Besonderes Interesse galt auch den Schwierigkeiten bei der Untersuchung der sich verändernden öffentlichen Wahrnehmung der Ehrenmäler.

Den letzten Vortrag des ersten Kolloquiumstages bestritt **Ines Langelüddecke** zum Thema „Rückkehrende Gutsbesitzer und Dorfbevölkerung in Brandenburg“. Mit ihrer beziehungsgeschichtlich-vergleichenden Studie stellt sie die Frage, ob von einer „getrennten Geschichte“ nach 1945 und einer „gemeinsamen Geschichte“ nach 1989/90 die Rede sein kann. Die Betrachtung schließt sowohl die konkurrierenden Deutungen vom Ende des Zweiten Weltkriegs, von der Enteignung und der Bodenreform als auch die historischen Erzählungen von „Gut und Dorf“ und deren intergenerationelle Weitergabe ein. Langelüddecke verfolgt die These, dass die heutigen Beziehungen zwischen wiederkehrenden GutsbesitzerInnen und der Dorfbevölkerung an die Zeit vor 1945 anknüpfen. Folgerichtig spricht sie von einer Stabilität der Beziehungen über den doppelten historischen Bruch von 1945ff. und 1989. Eine wesentliche Quelle für ihre Untersuchung sind lebensgeschichtliche Interviews mit Rückkehrenden; die Studie wird anhand von Fallbeispielen mehrerer Dörfer vertieft. Bei den Rückkehrenden lässt sich die Lebenskonstruktion, so die Historikerin, mit starker generationeller Abhängigkeit in zwei Motive unterteilen: Vertreibung-Rückkehr und Fügung-Vergangenheitsbewältigung. Das Fazit aus den bisher untersuchten Fallbeispielen zweier Dörfer: Abhängig von der Entwicklung der Gemeinden nach 1945 ist die Erinnerung an die GutsbesitzerInnen mitunter positiv, feststellbar ist aber auch ein Moment der Tabuisierung. Laut Langelüddecke ist das Verhältnis Dorfbevölkerung-Rückkehrer auch heute nicht spannungsfrei und grundsätzlich distanziert.

In der Diskussion zeigte sich das Kolloquium an den Techniken und Methoden des lebensgeschichtlichen Interviews interessiert, insbesondere an rechtlichen Aspekten. Diskutiert wurde ferner die Problematik individuelles-kollektives Gedächtnis und die Frage nach Gender und Erinnerung.

Der zweite Tag des Kolloquiums begann mit der Frage „Wo ein Genosse ist, da ist Partei?“, zur Diskussion gestellt von **Sabine Pannen**. Die Historikerin untersucht in ihrer gesellschaftsgeschichtlich angelegten Dissertation stabilisierende Faktoren und gleichzeitig Erosionsprozesse innerhalb der sozialistischen Staatspartei SED im Zeitraum von 1979 bis 1989. Im Zentrum steht dabei die Parteibasis, die von Pannen als heterogen beschrieben wird in Abhängigkeit vom Alter, Geschlecht und der Zugehörigkeit zu verschiedenen Berufsgruppen beziehungsweise sozialen Milieus. Diese Heterogenität

bildet Pannen mittels einer Mitgliedertypologie ab, die die Bandbreite vom „autoritären Parteisoldaten“ bis zum „angepassten Angestellten“ umfasst. Die jeweils individuellen Einstellungen und Bindekräfte zur Partei konfrontiert sie mit dem „Archetypen“, dem gleichsam idealen Kommunisten. Pannen beschreibt die Geschichte der SED im Untersuchungszeitraum als fortlaufenden Delegitimierungsprozess und als ideologische Korrosion. Konflikte entstanden vor allem um soziale beziehungsweise wirtschaftliche Fragen, beispielsweise um die sogenannten Intershops. Mitglieder der SED sahen sich ins „Konsumabseits“ gestellt und nahmen die Nähe zur Partei zunehmend als Nachteil war. Ein wichtiges Datum im Erosionsprozess an der Parteibasis ist laut Pannen auch das staatliche Verbot einer Ausgabe des „Sputniks“ im Jahr 1988, zu dessen AbonnentInnenkreis nicht wenige Parteimitglieder zählten.

In der Diskussion wurde vor allem auf das Verhältnis der Makro- zur Mikro-Ebene in der Studie eingegangen und inwieweit das von Pannen untersuchte Fallbeispiel des Stahlwerkes in Brandenburg/Havel Aussagekraft für die gesamte DDR beanspruchen kann. Diskutiert wurden ferner alternative Mitglieder-Typen und positive wie negative Stimuli für den Parteieintritt.

Ein weiterer Neustipendiat der Stiftung Aufarbeitung ist **Markus Böick**, der dem Kolloquium seine Studie zur „Treuhandanstalt in den ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen“ der 1990er Jahre vorstellte. Böick bezeichnet die Geschichte der umstrittenen Anstalt als „referenzloses Beispiel umfassender Deindustrialisierung zu Friedenszeiten“. Die Treuhand sei die „bestgehasste“ Anstalt der Wende gewesen, wirtschaftlich habe sie freilich eine spektakuläre Abschlussbilanz vorzuweisen gehabt. Böicks Anliegen ist die Erkundung von Praxis, Erfahrung und Deutung der wirtschaftlichen und kulturellen Transformation jenseits der, seiner Ansicht nach bislang dominierenden, Katastrophen-Konzeptionen. Der Geschichte der Treuhandanstalt als „institutionelles Hybrid“ und „komplexe Miniaturgesellschaft“ will der Historiker dafür aus mehreren Richtungen beleuchten: In ihrer zeitgenössischen Deutung durch der Öffentlichkeit und der einschlägigen Wissenschaften, ideen- und institutionengeschichtlich – hier hat er vor allem die personellen Binnenbeziehungen im Blick – und schließlich anhand der regionalen Fallbeispiele Halle (Saale), Schwerin und Erfurt.

Das Kolloquium war sich darin einig, dass die *black box* Treuhandgesellschaft ein lohnender Untersuchungsgegenstand ist. Diskussionspunkte waren die Quellenlage, die Auswahl der regionalen Fallbeispiele und die Einbeziehung des Mordes an Detlev Karsten Rohwedder.

Ebenfalls neu im Kolloquium ist **Henning Schulze**. Der Historiker promoviert zur „Wissens- und Ideengeschichte der sozialistischen Chemiarbeiterstadt Halle-Neustadt“. In den Städteneubauprojekten der DDR, so Schulzes These, sei es um mehr gegangen als nur um Wohnungs- und Sozialpolitik. Vielmehr habe der Staat mit und in den „neuen Städten“ den „neuen Menschen“ erziehen wollen. Dieser These will er am Beispiel Halle-Neustadts auf drei Ebenen nachgehen: Erstens fragt er nach den Ideen, die hinter dem Konzept der sozialistischen Stadt standen: Gleichheitspostulat, Arbeitsethos, Glücksversprechen, technokratischer Planungsfetisch. Zweitens untersucht er die Wege der Vermittlung dieser Ideen über die Stadtgestalt und ihre Institutionen: Bildungseinrichtungen, Kunst, Kultur. Drittens will er, unter anderem über ZeitzeugInneninterviews, eine Rezeptionsgeschichte dieser Ideen schreiben und fragt nach den individuellen Praktiken und Wissensbeständen im alltäglichen Leben der BewohnerInnen. Schulzes Ziel ist es, den Wissens- und Ideenhaushalt einer sozialistischen Planstadt zu beschreiben.

In der Diskussion wurde auf die Schwierigkeit hingewiesen, die Spezifika des sozialistischen Städtebaus gegenüber seinen städtebaulichen Referenzen in Ost wie West herauszuarbeiten. Erörtert wurde ferner die Möglichkeit einer Vergleichsstudie und die Frage des Einbezugs des „alten“ Halle in die Untersuchung.

Anschließend stellte **Sebastian Lindner** den Arbeitsstand seiner Fallstudie zum „Zentralen Frauengefängnis der DDR Hoheneck“ zwischen 1950 und 1989/90 zur Diskussion. Die Geschichte des Haftorts Hohenecks dient Lindner als Focus um an ihm die Facetten des DDR-Strafvollzugs und dessen Transformation aufzuzeigen. Der Historiker widmet sich seinem Thema aus drei Perspektiven: Zunächst rekonstruiert er anhand einer systematischen Auswertung der Haftkarteikarten die Gefangenenstruktur als Gradmesser für die Tendenzen in der Strafverfolgung der DDR. Insgesamt waren mehr als 23.000 Frauen in Hoheneck inhaftiert; der in der Anfangszeit dominierende Anteil der sogenannten politischen Gefangenen nahm im Untersuchungszeitraum konstant ab. Das Gefängnis, so Lindner, war dabei notorisch überbelegt und die Haftbedingungen dramatisch. Zweitens beleuchtet er eben jene Bedingungen unter dem Aspekt des Konzeptes der „Erziehung durch Arbeit“. Arbeit war im Strafvollzug der DDR obligatorisch – eine logische Konsequenz der Arbeitsethik des Systems. Lindner konstatiert einen regelrechten Wettbewerb der (Zwangs-)Arbeitskollektive, der Strafvollzug hatte den Charakter eines Betriebes mit entwickelter eigener Logistik. Schließlich widmet er sich medizinische Versorgung der Gefangenen. Die hygienisch-sanitären Bedingungen in der etwa 100 Jahre alten Strafvollzugsanstalt Hoheneck waren in den ersten Jahren besonders schlecht und besserten sich nur langsam, zum Beispiel durch die Sanierung der Wasser- und Heizungsanlagen in den 1970er Jahren. Wesentlich zur Verbesserung der Situation trug, so Lindner, aber vor allem der Rückgang der Inhaftiertenzahlen bei.

In der Diskussion wurde, nämlich im Zusammenhang mit dem so genannten Asozialen-Paragrafen, die Problematik des Kriminellen-Begriffs in der DDR debattiert. Hinweise gab es weiterhin zur Problematik der genderspezifischen Aufarbeitung mit Verweis auf die Gender-Holocaust-Forschung. Vorgesprochen wurde auch die Einbeziehung künstlerischer Bearbeitungen des Themas.

Dem folgte der Vortrag von **Franziska Kuschel** zu „Schwarzhörern, Schwarzsehern und heimlichen Lesern“. Die Historikerin und Politikwissenschaftlerin widmet sich in ihrer Promotion dem Verhältnis der DDR und den Medien im Westen. Die eigensinnige Mediennutzung der DDR-BürgerInnen war für die SED, so Kuschel, ein „Menetekel“. Die Staatspartei hatte die Medienpolitik zum „Kampf um die Köpfe“ deklariert und musste diesen Kampf lange vor 1989 für verloren erklären. Kuschel will die lange und komplexe Entwicklung von der strafrechtlichen Verfolgung des Westempfangs bis hin zur stillschweigenden Duldung nutzen, um Erkenntnisse über Handlungsräume und Aushandlungsprozesse unter den Bedingungen einer Diktatur zu gewinnen. Als theoretisches Rüstzeug dient ihr folgerichtig die Kategorie Eigen-Sinn Alf Lüdtkes und Thomas Lindenbergs. Sie nimmt dabei gleichermaßen die Medienpolitik der SED und den individuellen Medienkonsum in den Blick und will mit ihrer Analyse will Kuschel die Bandbreite individueller Praktiken jenseits dichotomer Konzepte von Anpassung und Widerstand beleuchten. Als pointierendes Beispiel für die frühe Medienpolitik der SED dienen ihr die antisemitisch imprägnierten Karikaturen des RIAS-hörenden „Herrn Zacharias“. Sowohl politisch als auch technologisch – die DDR unternahm verschiedene Versuche, den Westempfang technisch zu behindern – zeichnet sie den Weg bis zur quasi-offiziellen Duldung der Westmedien in den 1970er Jahren nach. Die Haltung der DDR-Führung, das unterstreicht Kuschel, blieb dabei bis zum Ende widersprüchlich: Bis 1989 fanden beispielsweise Postkontrollen statt und war Zensur an der Tagesordnung.

Das Kolloquium zeigte sich in der Diskussion vor allem an der Frage der kategorialen Trennung zwischen privatem und öffentlichem Raum und an der sozialen Dimension des Konsumverhaltens interessiert. Hinterfragt wurde die Auswahl der Tiefensondierungen, debattiert wurde ferner die Notwendigkeit eines Exkurses in die Printmedien.

Den Abschluss des 11. StipendiatInnenkolloquiums der Stiftung Aufarbeitung bildete der Vortrag von **Angelika Zahn** zu „Möglichkeiten und Grenzen politischer Aushandlung in der DDR“. Sie hat sich in ihrer Dissertation dem Fall einer Art Guerilla-Gedenkens gewidmet: Im Jahr 1981 wollten Jugendliche in Dresden an die Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg erinnern – abseits der staats- und kirchenoffiziellen Veranstaltungen. Der Einladung folgten etwa 6.000 Menschen. Zahn analysiert dieses, für die Staats- und Parteiführung zweifelsohne kritische Ereignis jenseits gängiger binärer Entgegensetzungen von Herrschenden und Beherrschten. Strukturierende Annahmen dieser Art werden von ihr als eine „Zementierung der Vorstellung von Parallelwelten“ kritisiert, die den Blick auf das eigentliche Funktionieren von Diktaturen teilweise verstellt. In Anlehnung an den postkolonialen Theoretiker Homi K. Bhabha entwirft sie ein dynamisches Modell der Aushandlung und Herstellung von Öffentlichkeit; ihr zentraler Begriff ist dabei der der Handlungsmacht. Dieses Modell kommt in der hermeneutischen Auswertung von sechs zeitgenössischen Texten beziehungsweise Textfragmenten zur Anwendung, dabei handelt es sich unter anderem um den Aufruf der Jugendlichen, den Abschlussbericht der Staatssicherheit zum entsprechenden Vorgang und eine internes Schreiben der Kirche zum Vorfall. Zahn kommt in ihrer der Auswertung zu dem Schluss, dass das „vermeintlich unpolitische Erinnern“ der Jugendlichen „Kirche und SED zu einem Miteinander nötigte“. Zwar distanzieren sich die Jugendlichen explizit von beiden Institutionen, jene waren jedoch außerstande, die Andersartigkeit der Aktion zu verstehen und anzuerkennen. Im Ergebnis entstand eine paradoxe Situation: Die InitiatorInnen blieben unbestraft und das unabhängige Gedenken konnte sich dauerhaft in der Öffentlichkeit etablieren.

Das Kolloquium zeigte sich beeindruckt von der Akribie und dem außergewöhnlichen theoretischen Zugang Angelika Zahns. Insbesondere sorgte die hermeneutische Methode bei der Textanalyse für Diskussionsstoff – hinterfragt wurde vor allem deren Anwendbarkeit über den Horizont einer Fallstudie hinaus.

#### **Neue Dissertationsprojekte** (gefördert ab 2011)

Markus Böick (Witten): Arena des Übergangs. Die Treuhandanstalt in den ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen 1990-1994.

Agneta Maria Jilek (Leipzig): Der Arbeiterstaat im Bild: Die Repräsentation von Arbeit in der künstlerischen DDR-Fotografie der 1970er und 80er Jahre.

Peter Römer (Münster): Nach dem Staatssozialismus. Die Geschichtspolitik der Deutungseliten in Deutschland und Polen 1989-2009. Ein beziehungsgeschichtlicher Diktaturaufarbeitungsvergleich.

Henning Schulze (Leipzig): Wohnfabriken. Die Wissens- und Ideengeschichte von Planstädten in der DDR am Beispiel der „sozialistischen Chemiarbeiterstadt“ Halle-Neustadt.